



Nr. 41

18. Oktober 2013

Inhalt

[dbb enttäuscht über EU-Pläne zur Frauenförderung+++](#)
[Neue Arbeitskämpfmappe des dbb erscheint+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW setzt Änderung am Gesetzentwurf durch+++](#)
[dbb m-v: Öffnungsklausel bei Verbeamtung von Lehrern gefordert+++](#)
[BDZ-Initiative zur pausenlosen Arbeitszeit: dbb erwartet vom BMI Klarstellung+++](#)
[Schulvergleich: Nicht mit unterschiedlichem Leistungsniveau abfinden+++](#)
[vbba und VDR: Gemeinsam berufliche Bildung stärken+++](#)
[BDF: Naturschutzbelange im Wald berücksichtigen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb enttäuscht über EU-Pläne zur Frauenförderung

(dbb) „Das Votum des Europäischen Parlaments für den Kommissionsvorschlag, mehr Frauen in Unternehmensvorständen zu verlangen, ist nur auf den ersten Blick erfreulich. Es gibt längst weiterreichende Vorschläge für eine fixe Quote. Deren Einführung wäre ein wichtiger Schritt auf dem weiten Weg zur vollen Chancengleichheit von Frau und Mann.“ Das sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 16. Oktober 2013 nach der Abstimmung im Rechtsausschuss und im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments. „Die ursprünglichen Vorschläge von EU-Kommissarin Viviane Reding waren da viel zielführender“, schloss sich die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann dem skeptischen Urteil an.

„Da es schon nur wenige nationale Gesetzgeber geschafft haben, hier zu zukunftsfähigen Lösungen zu finden, hätte ich in dieser Frage von Europa mehr erwartet“, so Wildfeuer. Das europäische Antidiskriminierungsrecht verlange dies. „Das Antidiskriminierungsrecht sollte die EU-Mitgliedstaaten auf Trab bringen, die sich teilweise sehr schwer damit tun, eklatante Ungleichbehandlungen abzustellen. Wir erwarten gerade in Deutschland, dass auch die neue Bundesregierung sich dieses wichtigen Themas erneut annimmt. Die bisherigen Ergebnisse sind alles andere als zufriedenstellend.“

Kirsten Lühmann, die auch Vorsitzende der CESI Fachkommission für Frauen und Chancengleichheit (FEMM) ist, sagte zum zeitgleich veröffentlichten Kommissionsbericht über Frauen in Entscheidungspositionen: „Es ist gut, dass der Frauenanteil in Unternehmensvorständen zuletzt in 20 Mitgliedstaaten gestiegen

ist. Insgesamt reicht ein EU-weiter Frauenanteil von 16,6 Prozent aber bei Weitem nicht aus.“

Die EU-Kommission will mit ihrem Rechtsetzungsvorschlag dafür sorgen, dass das unausgewogene Verhältnis von Frauen und Männern in den europäischen Unternehmensvorständen behoben wird, sieht aber keine verbindliche Quotierung vor. „Es ist schade, dass das Parlament hier nicht mehr Mut hatte“, erklärte Lühmann. Sie befürchte, dass die Mitgliedstaaten im zuständigen Rat „Beschäftigung und Soziales“ die Richtlinie nicht weiter verbessern. „Bei den Frauen, die immerhin die Hälfte der Wählerschaft ausmachen, fehlt aber jedes Verständnis für weitere Verzögerungsspielchen. Die Zeit ist reif für einen echten Wandel.“

(01/41/13)

Neue Arbeitskampfmappe des dbb erscheint

(dbb) In Kürze gibt der dbb, Geschäftsbereich Tarif, seine überarbeitete und aktualisierte Arbeitskampfmappe mit Stand Oktober 2013 heraus. Mit der Arbeitskampfmappe werden wichtige Fragen von Streikleiterinnen und Streikleitern der Fachgewerkschaften vor, während und nach Arbeitskampfmaßnahmen beantwortet.

Wie in den Auflagen der vergangenen Jahre werden rechtliche Probleme erläutert und Tipps für die Durchführung von Arbeitskämpfen, Aktionen und Demonstrationen gegeben. Häufig wiederkehrende Begriffe rund um das Thema Arbeitskampf werden erläutert. Das Kapitel „Oft gestellte Fragen“ hilft, Probleme bereits im Vorfeld zu lösen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Der Anlagenteil mit vielen Musterschreiben rundet die Arbeitskampfmappe ab. Alle Dateien der Arbeitskampfmappe sind zusätzlich auf einer eingeklebten CD-Rom abrufbar. Die neue Arbeitskampfmappe ersetzt die Mappe mit Stand Juli 2012 und stellt eine aktuelle Handlungsanleitung zur Einkommensrunde 2014 dar.

In den nächsten Wochen werden jeder Fachgewerkschaft des dbb auf Bundesebene sowie

den Landesbünden Exemplare der neuen Arbeitskampfmappe zugehen. Sie dient als Kopiervorlage zur weiteren Verteilung. Die Datei-

en auf der CD-Rom sind ebenfalls kopierbar. Nachbestellungen sind nicht möglich. (02/41/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW setzt Änderung am Gesetzentwurf durch

(dbb) Der BBW hat sich durchgesetzt: Das Land Baden-Württemberg nimmt die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 beschlossenen Verschlechterungen in der Beihilfe teilweise zurück. Das geht aus dem Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften hervor, den Finanzminister Nils Schmid jetzt in den Landtag eingebracht hat, teilte der BBW am 15. Oktober 2013 mit. Die Forderung des BBW, für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte wenigstens für Pflegeaufwendungen den Beihilfebemessungssatz wieder auf 70 Prozent anzuheben, ist in den Änderungsentwurf eingeflossen.

Die Änderung dienstrechtlicher Vorschriften ist aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung erforderlich. Zudem besteht Anpassungsbedarf bei verschiedenen Regelungen des Besoldungs-, Urlaubs-, Versorgungs- und Beihilfe-rechts. Es waren nur wenige Punkte, die der BBW in seinen Stellungnahmen zu dem Änderungsentwurf beanstandet hat. Immerhin zwei seiner Forderungen sind in den Gesetzestext eingeflossen, der dem Plenum zur Beratung und Verabschiedung vorliegt. So gilt für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte:

Im Krankheitsfall steuert das Land 50 Prozent in Form von Beihilfe zu den Krankheitskosten bei. Die restlichen 50 Prozent müssen über eine private Krankenversicherung abgedeckt

werden. Anders sieht es bei Pflegebedürftigkeit aus. Hier tritt das Land den Rückzug an. Anstelle der im vergangenen Jahr beschlossenen Absenkung des Beihilfebemessungssatzes auf 50 Prozent, gibt es künftig für diesen Bereich wieder 70 Prozent Beihilfe.

In den Änderungsentwurf eingeflossen ist auch die Anregung des BBW, wonach künftig die vorgesehene Vergleichsberechnung (so genannte Günstigkeitsprüfung) bezüglich des Stufenaufstiegs bei einem weiteren Beamtenverhältnis nicht mehr auf Antrag des Beamten, sondern von Amts wegen erfolgen soll. (03/41/13)

dbb m-v: Öffnungsklausel bei Verbeamtung von Lehrern gefordert

(dbb) „Mit der Entscheidung, Lehrer nur bis zum 40. Lebensjahr zu verbeamten, belegt Mecklenburg-Vorpommern den letzten Platz im Länderranking - und das haben die Lehrerinnen und Lehrer, die bereits das Lehrerpersonalkonzept mit allen seinen Konsequenzen gerade in monetärer Hinsicht über sich ergehen lassen mussten, nicht verdient.“ Das stellte dbb Landeschef Dietmar Knecht am 15. Oktober 2013 zum Entwurf der Laufbahnverordnung Bildung fest. Damit werde ein weiterer Pflock in Richtung Demotivation eingeschlagen.

„Der dbb m-v fordert deshalb eine Öffnungsklausel für die Bestandslehrer, die eine Möglichkeit der Verbeamtung mindestens bis zum 45. Lebensjahr – wie auch in der allgemeinen Landesverwaltung üblich – vorsieht“, so Knecht weiter. So könnten beispielsweise Lehrer in Thüringen bis zum 53. Lebensjahr bei Erreichung der Mindestversorgung das Angebot einer Verbeamtung für sich persönlich prüfen.

„Wir haben gegenüber dem Ministerium erneut an notwendige Übergangslösungen erinnert, die im Zusammenhang mit der Altersgrenze liegen. Wenn wir es schaffen, Stichtage zu vermeiden und auf individuelle Lebenssituationen beziehungsweise schulische Notwendigkeiten bei der Verbeamtung der vorhandenen Lehrer eingehen, ist es sicher ein ganzes Stück

attraktiver, Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern zu sein“, so Knecht.

Unter dem Dach des dbb m-v sind die Lehrerverbände Verband Bildung und Erziehung

(VBE), Philologenverband (PhV), Bund der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) und der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) organisiert. (04/41/13)

BDZ-Initiative zur pausenlosen Arbeitszeit: dbb erwartet vom BMI Klarstellung

(dbb) Der dbb hat auf Initiative des BDZ der Auslegung des neu gefassten Paragraphen 5 der Arbeitszeitverordnung durch das Bundesinnenministerium (BMI) widersprochen, wonach in operativen Vollzugsbereichen Pausen unter Bereithaltung nicht mehr grundsätzlich auf die Arbeitszeit angerechnet werden sollen. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich forderte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, eine Klarstellung.

Mit der Verordnung zur Änderung von Vorschriften für Dienst zu wechselnden Zeiten ist auch die Regelung über Ruhepausen und Ruhezeit geändert worden. Künftig werden Ruhepausen auf die Arbeitszeit angerechnet, wenn die Voraussetzungen des Paragraphen 17a der Erschwerniszulagenverordnung mit der Maßgabe erfüllt sind, dass im Kalendermonat mindestens 35 Nachtdienststunden geleistet werden. Diese Änderung der Arbeitszeitverordnung hatten die Gewerkschaften grundsätzlich mitgetragen.

Auf massive Ablehnung stößt bei dbb und BDZ aber die Auslegung des Paragraphen 5 der Arbeitszeitverordnung durch das BMI, wonach eine bloße Bereithaltung während der Pause nicht zu einer Anrechnung als Arbeitszeit führt. Das BMI argumentiert, dass gesonderte Regelungen für operativ tätige Beamtinnen und Beamte nicht bestünden. Demgegenüber stellen dbb und BDZ fest, dass es sich bei Pausen unter Bereithaltung, die in operativen Vollzugsbereichen der Regelfall seien, nicht um Ruhepausen im Sinn der Arbeitszeitverordnung handelt. Paragraph 2 Nummer 3 der Arbeitszeit-

verordnung definiert eine Ruhepause als Zeitraum, in dem Beamtinnen und Beamte keinen Dienst leisten und sich auch nicht dafür bereit halten müssen.

Darüber hinaus ist nach Ansicht von dbb und BDZ Paragraph 15 der Arbeitszeitverordnung einschlägig. Hiernach kann von Regelungen der Arbeitszeitverordnung abgewichen werden, soweit Besonderheiten bestimmter spezifischer Tätigkeiten es bedingen. Diese Voraussetzungen seien auch in den Vollzugsbereichen des Zolls erfüllt.

Abschließend macht Benra in dem Schreiben an Bundesinnenminister Friedrich deutlich, dass die für 2015 vorgesehene Evaluation der praktischen Erfahrungen mit den neugefassten Vorschriften nicht abgewartet werden kann. Die neue Auslegung der Vorschrift durch das BMI führe bereits jetzt zu massiven Schwierigkeiten und rufe verbreitet Unsicherheit bei den Betroffenen in den operativen Vollzugsbereichen hervor. (05/41/13)

Schulvergleich: Nicht mit unterschiedlichem Leistungsniveau abfinden

(dbb) Kaum überrascht geben sich die Lehrerverbände von den Ergebnissen des jüngsten Schulleistungsvergleichs der Bundesländer.

„Dauerhaft dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Bundesländern so weit auseinanderklaffende Kompetenzniveaus erzielen, weil damit auch unterschiedliche Zukunftschancen verbunden sind“, sagte Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen

Philologenverbandes (DPhV). Ursachen des überdurchschnittlichen Erfolgs der ostdeutschen Länder sieht Meidinger insbesondere im hohen Stellenwert der naturwissenschaftlich-mathematischen Bildung, der sich in den Stundentafeln und der Qualität der Lehrerbildung spiegelt.

Auch für Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), ist es von besonderer Bedeutung, dass Unterricht nicht fachfremd erteilt werde. „Unterrichtsausfall und Fachlehrermangel tragen unter diesem Gesichtspunkt sicherlich nicht dazu bei, das Leistungsniveau an den Schulen zu verbessern.“

Gemeinsam fordern die Verbände, Schulen mit ausreichenden Stellenreserven zu versorgen und die Möglichkeiten für Lehrer zur berufs begleitenden Fort- und Weiterbildung zu verbessern.

(06/41/13)

vbba und VDR: Gemeinsam berufliche Bildung stärken

(dbb) Gemeinsam wollen vbba und VDR die berufliche Bildung stärken. Dazu vereinbarten die Bundesvorsitzenden der Verbände, Waldemar Dombrowski (Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarktdienstleister) und Jürgen Böhm (Verband Deutscher Realschullehrer) eine Vertiefung der Zusammenarbeit, wie sie am 7. Oktober 2013 in Nürnberg mitteilten.

„Die Realschulabsolventen sind für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland enorm wichtig. Wir können es uns im Hinblick auf die vorhandene und weiter wachsende Fachkräftelücke nicht leisten, auf die hohe Qualität der Realschulbildung zu verzichten“, so der Bundesvorsitzende der vbba.

anwachsenden ihren Talenten entsprechend bestmöglich zu fördern“, ergänzte der Bundesvorsitzende des VDR.

Übereinstimmend stellen die Vertreter der Arbeitsmarktdienstleister und der Lehrkräfte fest, dass einseitige Akademisierungstendenzen in der Bildung langfristig zur Schwächung der mittelständischen Wirtschaft und insbesondere zum Fachkräftemangel verstärkt in ländlichen Regionen führen können.

(07/41/13)

„Die derzeitige wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik beruht im Wesentlichen auf der Stärke der beruflichen Bildung und der international geschätzten dualen Ausbildung. Die Vielfalt der Bildungswege ermöglicht es, die Her-

BDF: Naturschutzbelange im Wald berücksichtigen

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) setzt sich für eine multifunktionale und an Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtete Waldbewirtschaftung ein. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Belangen des Naturschutzes, erklärte der BDF am 14. Oktober 2013.

Die ersten Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Nationale Waldentwicklung als Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ (NWE5) geben eine belastbare und transparente Bilanz über Umfang und Qualität nutzungsfreier Waldflächen in Deutschland, so der BDF weiter.

alle bereits dafür vorgesehenen Flächen ein, käme man auf drei Prozent.

Das Projekt solle dazu dienen, den derzeitigen Grad der Umsetzung der in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt geforderten fünf Prozent „Wälder mit natürlicher Entwicklung“ wissenschaftlich und unabhängig zu untersuchen. Derzeit seien 1,9 Prozent der deutschen Wälder dauerhaft der natürlichen Waldentwicklung überlassen worden. Rechne man

„Bis zuletzt geben sich Forstwirtschaft und Naturschutz unendlichen Grabenkämpfen um Prozentpunkte hin und verlieren gelegentlich das große Ganze aus dem Blick“, kritisierte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF, das Vorgehen beider Seiten. Auf Grundlage der bereits erreichten Ergebnisse müsse nun nach einem Konsens gesucht werden, der die Interessen von Forstwirtschaft und Naturschutz gleichermaßen abbildet, so Jacobs.

(08/41/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Frauen in Sachsen-Anhalt sind aus gleichstellungspolitischer Sicht klar im Vorteil, stellte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung auf dem Landesfrauenkongress des dbb Sachsen-Anhalt in Magdeburg am 14. Oktober 2013 fest. „Die Erwerbsquote von Frauen ist hoch: 2011 lag sie mit knapp 68 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und ist fast genauso hoch wie die der Männer. Nicht zuletzt ist das der guten Infrastruktur bei der Kinderbetreuung geschuldet: Mehr als 57 Prozent der Ein- bis Dreijährigen finden in Sachsen-Anhalt einen Kita-Platz.“ Nicht zuletzt sei dies auf das „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“ zurückzuführen. „Das bestärkt uns in unseren Bemühungen, in anderen Bundesländern weiter für eine solch progressive Implementierung von Gender-Mainstreaming in der Verwaltung zu kämpfen“, betonte Wildfeuer.

Unter der Überschrift „Insolvenzen bringen den Fiskus um Milliarden“ stellen die „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 7. Oktober 2013) fest: „Wenn ein Steuerpflichtiger nicht zahlt, muss das Finanzamt aufwändige Recherchen anstellen.“ Experten vermuten, schreibt das Blatt, „dass die Steuerverwaltung dafür vielfach personell nicht ausreichend aufgestellt ist“. Das bekräftigte auch der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** im Gespräch mit der Zeitung: „In den Ämtern ist nicht das Personal da, um ein gezieltes Überprüfungsmanagement der Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten.“ Der Fiskus müsse zudem manche Forderung abschreiben, weil es in den Finanzämtern zu wenige Betriebsprüfer gebe. Eigenthaler: „Mehr Betriebsprüfer hieße, dass das Finanzamt bei einer sich abzeichnenden Schieflage eines Unternehmens auch schneller reagieren und Steuerforderungen realisieren könnte.“

Die durch bundesweit 83.000 Tempoverstöße von Autofahrern beim jüngsten Blitz-Marathon zusammengekommenen Bußgelder müssen aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in die Verbesserung der Verkehrssicherheit investiert werden. „Wenn Unfallprävention, Verkehrsüberwachung und der Aus-

bau der Verkehrsinfrastruktur nicht solide finanziert sind, reicht auch die schärfste Repression nicht, um glaubwürdig wirken zu können“, sagte der DPoIG-Vorsitzende **Rainer Wendt** der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 10. Oktober 2013). Zugleich forderte Wendt weitere Kontrollen. „Wer glaubt, dass die Polizei jetzt in ihrer Aufmerksamkeit nachlässt, Verkehrsunfälle zu bekämpfen, irrt sich gewaltig“, sagte er.

Der BTE, Gewerkschaft Mess- und Eichwesen, hat der neuen bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zur Ernennung gratuliert. BTE-Vorsitzender **Ronald Kraus**, verband seine Glückwünsche mit dem Verweis auf Aigners vorheriges Wirken als Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von 2008 bis 2013. In diesen Jahren habe sie auch mit verschiedenen Aufgaben des Eichwesens zu tun gehabt. „Der Schutz des Verbrauchers ist eines der wichtigsten Ziele des Gesetzlichen Messwesens“, so Kraus am 14. Oktober 2013. In dieser Zeit beschloss das Bundeskabinett auch das neue Eichgesetz, das 2015 in Kraft tritt. „Die Mitarbeiter in den sieben Eichämtern, in den 13 Dienststellen und im Landesamt für Maß und Gewicht Ihres Ressorts erwarten nun dessen konsequente Umsetzung. Dazu gehört auch, dass nach vielen Jahren der Personalabbau beendet wird“, machte Kraus im kurzen Gespräch mit der Ministerin deutlich.

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat die Bundesregierung aufgefordert, das „Totalversagen“ bei der Vergabe von Studienplätzen abzustellen, für das die Hochschulen mit verantwortlich seien. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 7. Oktober 2013) kritisierte DPHV-Vorsitzender **Heinz-Peter Meidinger**, dass jedes Semester aufs Neue Chaos ausbreche. „Software-Probleme, fehlende Finanzmittel, hohle Versprechungen - es ist ein Endlos-Trauerspiel, das die Ausmaße des Toll-Collect-Desasters bei der Maut längst erreicht hat“, sagte Meidinger. Weil das System nicht funktioniere, blieben jedes Semester Tausende von Studienplätzen unbesetzt. „So kann man nicht mit jungen Menschen umgehen. Es ist höchste Zeit, dass das Bundesbildungsministe-

rium gehörig auf den Tisch haut", betonte Meidinger. Schon vor drei oder vier Jahren sei zu erkennen gewesen, dass das neue Vergabesystem ein Flop ist.

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) zweifelt an der Aussagekraft des jüngsten IQB Ländervergleichs. Die deutsche Bildungslandschaft ist durch den Bildungsföderalismus in ihrer Vielfalt so groß, dass ein Vergleich von kompletten Bundesländern nicht sinnvoll ist, erklärte der BLBS-Bundesvorsitzende **Eugen Straubinger** am 15. Oktober 2013. Anstatt komplette Bundesländer zu vergleichen, solle man sich an Parametern – etwa Gebieten mit ähnlichen Wirtschaftsstrukturen und soziokulturellen Aspekten – orientieren, so Straubinger. Dennoch mache der Ländervergleich sichtbar, dass die Notwendigkeit, die sogenannten MINT-Kompetenzen zu stärken, alle Bildungsbereiche betreffe.
(09/41/13)